



Niederschrift zur 7. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 15.09.2010
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:57 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

Anwesend sind:

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Karola Andrae

Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Herr Burkhard Degner

Herr Michael Heilgermann

Herr Peter Hummer

Herr Wilfried Käthe

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Sylvia Menges

Frau Susanne Michler

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Frau Gudrun Timm

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Gäste

Bürger

ca. 20

Herr Hartmut Reck

MAZ

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Frau Sabine Brumm

entschuldigt

Herr Tim Grebe	entschuldigt
Herr Dr. Rainer Reinecke	entschuldigt
Herr Erwin Rust	entschuldigt
Herr Rolf von Lützw	entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Sitzung wurde durch die Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Andrae, um 19:04 Uhr eröffnet.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Andrae stellte fest, dass von 29 Stadtverordneten 22 anwesend waren. Die Sitzung war somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schreiber informierte, dass sie die Protokollkontrolle (TOP 4 und TOP 12) von der Tagesordnung nehme, da die Stadtverordneten die Niederschrift vom 30.06.2010 mit Fortführung am 07.07.2010 noch nicht übersandt bekommen haben. Die Übersendung der Niederschrift sagte sie für die kommenden Tage zu.

Weitere Änderungen der Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung: 21 / 0 / 1

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30.06.2010 mit Fortführungssitzung am 07.07.2010

entfällt

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Der Bericht aus der Verwaltung lag jedem Stadtverordneten in schriftlicher Form vor. Er umfasste folgende Punkte, die Frau Schreiber kurz vortrug:

1. Straßenreparaturarbeiten
2. Marktplatz Zossen
3. Neubau von Bushaltestellen in Nunsdorf und Wünsdorf
4. Zesch am See, Beleuchtung „Unter den Eichen“
5. Grundschule Glienicke – Gesamtanierung
6. Kita Wünsdorf – Neubau
7. Oberschule Wünsdorf – Erweiterungsbau
8. Grundschule Zossen – Schallschutzmaßnahmen
9. Kita Bummi – Küchensanierung
10. Kalkschachtöfen (BHG-Gelände)
11. Neubau Spielplatz Nächst Neuendorf
12. Deponie Zossen – Information
13. Umschulungen
14. Tierheim
15. Whiteboard
16. Neue Kita Zossen
17. Kita-Finanzierung
18. Schulsozialarbeit, Jugendarbeit
19. Parkplatz Straße der Jugend
20. Strandbad Wünsdorf
21. Bahnhof Zossen

22. Möglicher Umzug des Bauhofes
23. Befragung zur Bahnquerung Dabendorf
24. Petition Grundschule Zossen
25. Dorfgemeinschaftshäuser
26. Einführung der Doppik
27. Großer Wünsdorfer See
28. Klageverfahren gegen ILB wegen Rückbau-Fördermitteln
29. Beanstandung der Hauptsatzung durch die Kommunalaufsicht

Um 19:12 Uhr traf Frau Michler ein. Es waren nunmehr 23 Stadtverordnete anwesend.

Frau Schreiber bat die Stadtverordneten, sich umfänglich mit dem Thema der Bürgerbefragung zur Bahnquerung in Dabendorf zu befassen. Sie betonte, dass die Beratung Thema der nächsten Hauptausschusssitzung sein werde.

Außerdem bat Frau Schreiber die Stadtverordneten ausdrücklich darum, sich mit den umfangreichen Unterlagen zur Einführung der Doppik zu befassen und eventuell auftretende Fragen rechtzeitig an die Verwaltung zuzuarbeiten. Dieser Punkt werde auf der nächsten Finanzausschuss-Sitzung nochmals ein Beratungspunkt sein.

zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Frau Schreiber informierte die Anwesenden darüber, dass die nächste Verbandsversammlung des KMS am 21.09.2010 sein werde. Die auf der Tagesordnung der SVV stehenden Anträge stehen bei der Verbandsversammlung natürlich noch nicht auf der Tagesordnung. Sie werde die Anträge – sofern sie beschlossen werden – den Mitgliedskommunen mit der Bitte auf der nächsten Verbandsversammlung darüber zu tagen, übergeben.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Frau Andrae erklärte, dass ihr eine Frage von Herrn Wanke zum Thema Bahnquerung zugegangen sei, welche mit dem Bericht aus der Verwaltung jedoch beantwortet worden sei. Das Thema Bürgerbefragung sei laut Frau Schreibers Ausführungen in der Beratungsfolge der nächsten Ausschüsse.

Herr Havenström bat um Auskunft zum Stand der Dinge bezüglich seines laufenden Verwaltungsgerichtsverfahrens. Frau Schreiber erörterte den Sachverhalt ausführlich auf Drängen von Herrn Havenström.

Eine Bürgerin fragte an, ob das Schreiben zur Petition der Grundschule Zossen ebenfalls an die Elternvertreter versandt werde. Frau Schreiber erklärte, dass dieses Schreiben Beratungsgegenstand in den Ausschüssen werde und somit zu einem öffentlichen Dokument. Sodann werde das Schreiben auch an alle Petitionen übersandt.

Herr Jungbluth informierte die Anwesenden darüber, dass der Saphersche Weg in Wünsdorf repariert und mit einer Asphaltdecke überzogen sei. Außerdem sei die Anbindung des Wohngebietes Waldesruh über den Kreisverkehr im Rahmen der Bauarbeiten auf der B96 erfolgt.

zu 8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

- 1.) Herr Schulz betonte, dass er an Frau Schreibers Stelle das Thema Rückbau gar nicht mehr angesprochen hätte. Hätte sie nicht damals entgegen dem Willen einiger Stadtverordneter abgerissen, würden der Stadt nicht heute noch 1,6 Mio. € fehlen. Sie hätte den Stadtverordneten einen Beschluss aufgedrückt, der sofort beschlossen werden musste.
- 2.) Zur Straßenreinigungssatzung: Die Bürger wissen, dass sie entsprechende

- Straßen nicht mehr reinigen dürfen bzw. brauchen. Was passiert mit denen, die trotzdem reinigen und dann auch noch zur Kasse gebeten werden.
- 3.) Wie oft muss ein Stadtverordneter um Akteneinsicht bitten? Im Juli habe er bereits um Akteneinsicht gebeten. Es gab auf mehrmalige Nachfragen in der Verwaltung keine Reaktion.
 - 4.) Leader-Antrag Kallinchen – im Bericht aus der Verwaltung vom 16.06.2010 stand, dass der Antrag bearbeitet werde. Im Bauausschuss hatte der Bauamtsleiter gesagt, dass der Antrag seit 11/2 Monaten bearbeitet werde. Sicherlich sei das eine von Frau Schreibers Retourkutschen einem Abgeordneten gegenüber, der ihr manchmal kritisch gegenüber stehe.

Zu 1.) Rückbau: Frau Schreiber betonte, dass der Beschluss damals von den Stadtverordneten gefasst wurde, einige aber nicht bereit waren, das Risiko einzugehen. Sie habe von Anfang an Recht damit gehabt, dass der Stadt die Fördermittel zustünden.

Zu 2.) Straßenreinigungssatzung:

Frau Schreiber sagte, dass sie allen genau erklärt hatte, wie das weitere Verfahren ablaufen werde. In der Sommerpause sollte die Kalkulation der Gebührensätze vorgenommen werden. Der Gebührenteil der Straßenreinigungssatzung müsse in der SVV beschlossen werden. Solang dies nicht getan sei, werde die Stadt auch keine Straßenreinigung durchführen, weil niemandem dafür ein Bescheid erlassen werden könne.

Zu 3.) Akteneinsicht:

Es gebe ein feststehendes Verfahren, welches im RSO besprochen wurde. Um einen Termin zur Akteneinsicht zu machen, muss derjenige, der die Akteneinsicht vornehmen will in der Stadt anrufen und einen Termin vereinbaren. Frau Schreiber betonte, dass der Akteneinsichtnehmer der Verwaltung mitteile, wann er zur Akteneinsicht kommen werde.

Zu 4.) Leader-Antrag Kallinchen:

Das Bauamt sei nicht das einzige Fachamt, welches zuständig sei. Es seien weitere Ämter an der Bearbeitung eines Leader-Antrages beteiligt.

Einige Stadtverordnete kritisierten, dass sie nicht mehr direkt zu den Fachämtern durchwählen können und finden diese Verfahrensweise auch nicht üblich. Sie seien dazu übergegangen lieber E-Mails zu schreiben.

Frau Schreiber erklärte, dass der Grund für die Einwahl über die Zentrale und über das Bürgerbüro die Gewährleistung von Bürgerfreundlichkeit sei. In der Vergangenheit hätten Bürger des Öfteren den Mitarbeiter, den sie erreichen wollten direkt angewählt und mussten es so mehrmals versuchen, wenn der Mitarbeiter gerade nicht am Platz war. In der Zentrale kann dem Bürger sofort Auskunft darüber gegeben werden, ob der fragliche Mitarbeiter erreichbar ist oder nicht.

Herr Preuß nahm Bezug auf die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Er führte aus, dass er in dieser 3 Änderungsanträge gestellt hatte, die nicht zur Abstimmung gekommen waren. Laut Auskunft der Kommunalaufsicht und des Ministerium des Inneren war diese Handhabung falsch. Er werde Frau Andrae den Brief übergeben und bat darum, dass zukünftig die Rechte der Stadtverordneten gewahrt werden.

Frau Andrae informierte, dass sie die Schreiben der Kommunalaufsicht vom 09.08., 17.08., 19.07. und 06.09.2010 an die Fraktionsvorsitzenden weitergeleitet habe.

zu 9 **Anträge des Hauptausschusses**

zu 9.1 **Antrag des Hauptausschusses der Stadt Zossen vom 12.08.2010:
Altanlieger/Geringbeitragszahler
Vorlage: 069/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, eine Beschlussvorlage in die Verbandsversammlung des KMS einzubringen mit folgendem Inhalt:

1. *Bei der neuen Beitragskalkulation sind alle Anschaffungs- und Herstellungskosten und alle Quadratmeter beitragsfähige Fläche zu kalkulieren. Keine gesonderte Kalkulation von Altanlieger und Geringbeitragszahlern.*
2. *Wenn sich dadurch eine Differenz ergibt (geringerer Beitragssatz für Grundstücke nach 1996 beschieden und dadurch Rückzahlung zu Stande kommen) muss der Rückzahlungsbetrag aufgebracht werden*
 - a) *durch Nachveranlagung der Altanlieger und der Geringbeitragszahler*
 - b) *durch gesplittete Gebühr (rechtlich schwierig)*
 - c) *Umlagen der Mitgliedskommunen*

Hierzu ist eine politische Entscheidung der Mitgliedskommunen entweder zu a), b), c) oder einer Kombination daraus zu fassen, wenn die konkreten Zahlen zu den finanziellen Auswirkungen vorliegen.

Frau Andrae gab die Abstimmungsergebnisse zu diesem Antrag wie folgt bekannt:

Abstimmungsergebnisse	RSO	4 / 0 / 1
	HA	5 / 1 / 1

Es gab keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung: 21 / 0 / 2

zu 9.2 **Antrag des Hauptausschusses der Stadt Zossen vom 12.08.2010:
Tiefenbegrenzung, Vollgeschossmaßstab und Sondernutzungsgrundstücke
Vorlage: 070/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, eine Beschlussvorlage in die Verbandsversammlung des KMS einzubringen mit folgendem Inhalt:

Bei der neuen Beitragskalkulation und Beitragssatzung sind eine differenzierte Tiefenbegrenzung, der Vollgeschossmaßstab und die Regelungen zu Sondernutzungsgrundstücken aus den Satzungen des MAWV und des WARL zu übernehmen und entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnisse	RSO	5 / 0 / 0
	HA	7 / 0 / 0

Auf Nachfrage von Andrae gab es keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung: 23 / 0 / 0

Beschlussvorlage zurück in den Ausschuss RSO solle.

Herr Noack beantragte namentliche Abstimmung.

Herr Kühnapfel erklärte, dass er die gelbe Fassung überschlagen habe und alle Änderungen darin enthalten seien. Er stellte den Änderungsantrag, in § 10 Punkt 1 zu ergänzen: „...und seinen zwei Vertretern.“

Herr Manthey wies darauf hin, dass in der Überschrift des § 10 einmal das „.....verordneten.....“ zu streichen sei.

Frau Andrae erklärte, dass sie nicht mehr nachvollziehen könne, auf welches Schreiben der Kommunalaufsicht die gelbe Fassung der Hauptsatzung beruhe. Die gelbe Fassung müsse eine neue Beschlussvorlagen-Nr. bekommen. Des Weiteren wies Frau Andrae darauf hin, dass für eine Beschlussfassung 15 Ja-Stimmen notwendig seien.

Es wurde zunächst über den Verweisungsantrag in den RSO namentlich abgestimmt.

Frau Andrae	nein	Frau Menges	nein
Herr Baranowski	ja	Frau Michler	nein
Frau Bock	ja	Frau Miersch	ja
Herr Degner	nein	Herr Noack	nein
Herr Heilgermann	ja	Herr Preuß	ja
Herr Hummer	nein	Frau Schreiber	nein
Herr Käthe	nein	Frau Schröder	nein
Herr Kniesigk	nein	Frau von Schrötter	ja
Herr Kühnapfel	nein	Herr Schulz	ja
Herr Lüders	ja	Herr Steinert	ja
Herr Manthey	nein	Frau Timm	ja
Herr Markwardt	nein	Herr Zurawski	nein

Abstimmungsergebnis: 10 / 14 / 0

Damit wurde der Verweisungsantrag abgewiesen.

Es wurde sodann über die gelbe Fassung der Hauptsatzung namentlich abgestimmt.

Frau Andrae	nein	Frau Menges	ja
Herr Baranowski	nein	Frau Michler	ja
Frau Bock	nein	Frau Miersch	nein
Herr Degner	ja	Herr Noack	ja
Herr Heilgermann	nein	Herr Preuß	nein
Herr Hummer	ja	Frau Schreiber	ja
Herr Käthe	ja	Frau Schröder	ja
Herr Kniesigk	ja	Frau von Schrötter	nein
Herr Kühnapfel	ja	Herr Schulz	nein
Herr Lüders	nein	Herr Steinert	nein
Herr Manthey	ja	Frau Timm	nein
Herr Markwardt	ja	Herr Zurawski	ja

Abstimmungsergebnis: 13 / 11 / 0

Damit wurde die erforderliche Mehrheit von 15 Stimmen nicht erreicht, die Hauptsatzung wurde also nicht mit qualifizierter Mehrheit beschlossen.

Frau Andrae beraumte ab 20:35 Uhr eine Pause an.

Die Sitzung wurde ab 20:47 Uhr fortgeführt.

zu 10.2 **Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Zossen für das Jahr 2010 über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass nach § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLöG)**
Vorlage: 074/10

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ordnungsbehördliche Verordnung (OBV) der Stadt Zossen über die Ladenöffnungszeiten aus besonderem Anlass nach § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLöG)

- a) *in der vorliegenden Fassung*
- b) *in der lt. Protokoll geänderten Fassung.*

Frau Schreiber informierte die Anwesenden darüber, dass der Landtag sehr wahrscheinlich ein neues Gesetz zu den Ladenöffnungszeiten verabschieden wird. Im Moment sehe das Landesgesetz vor, dass keine zwei aufeinanderfolgenden Adventssonntage hintereinander geöffnet sein soll. Frau Schreiber bat die Anwesenden also, den 1. und 3. Advent aus der Beschlussvorlage zu streichen, damit die Beschlussvorlage den Vorgaben des zu beschließenden Gesetzes genüge.

Abstimmung zu b) mit den Streichungen 1. und 3. Advent: 23 / 0 / 1

zu 10.3 **Änderung des Bebauungsplanes "Am Eichenhain"**
Vorlage: 067/10

Beschlussvorschlag:

*Der Bebauungsplan "Am Eichenhain" wird in dem gekennzeichneten Teilbereich geändert und der entsprechende Entwurf (1. Änderung) erarbeitet.
Die 1. Änderung erfolgt nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren.*

Frau Andrae gab die Abstimmungsergebnisse der Gremien wie folgt bekannt:

Ortsbeirat Wünsdorf	3 / 0 / 0
Bauausschuss	4 / 0 / 0
Hauptausschuss	6 / 0 / 1

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung: 20 / 0 / 4

zu 11 **Anträge von Fraktionen**

zu 11.1 **Antrag der Fraktion SPD/DIE LINKE/VUB vom 01.09.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.09.2010: Hauptsatzung**
Vorlage: 078/10

Herr Preuß erklärte, dass er als Einreicher den Antrag zurückziehe.

zu 11.2 **Antrag der Fraktion CDU vom 07.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 07.06.2010:**
Schulbezirkssatzung
(Wiedervorlage)
Vorlage: 055/10

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Schulbezirkssatzung

für die Stadt Zossen wie folgt:

- 1) Entwurf A des Vorschlags der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport oder
- 2) Entwurf B des Vorschlags der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport oder
- 3) In der lt. Protokoll geänderten Form und
- 4) Durch die Stadtverwaltung sind die gültigen Rechtsgrundlagen (GO, Schulgesetz) für die beschlossene Satzung zu ergänzen. Wenn die Schulbezirkssatzung beschlossen ist, ist sie im Internet auf der Stadtseite zu veröffentlichen.

Frau Michler erklärte, dass der Ausschuss für Soziales, Jugend, Bildung und Sport intensiv an der Schulbezirkssatzung arbeite und der Antrag zur Beratung in die Ortsbeiräte gegangen sei. Sie erklärte weiterhin, dass sie den vorliegenden Antrag als Einreicher endgültig zurückziehe, da der SJBS nach ausführlichen Beratungen und Zusammentragen der Ergebnisse aus anderen Gremien einen neuen Antrag zu diesem Sachverhalt formulieren werde.

**zu 11.3 Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 14.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 15.06.2010:
Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen (GeschO)
(Wiedervorlage)
Vorlage: 064/10**

Herr Preuß zog den Antrag als Einreicher zurück, da die Rechtsgrundlage Hauptsatzung fehle.

**zu 11.4 Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 14.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 15.06.2010:
Einwohnerbeteiligungssatzung der Stadt Zossen vom 10.11.2009
(Wiedervorlage)
Vorlage: 063/10**

Herr Preuß zog als Einreicher den Antrag zurück.

**zu 11.5 Antrag der Fraktion CDU vom 08.07.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 09.07.2010:
Ausstattung der 4 Grundschulen mit Whiteboards
Vorlage: 077/10**

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt aus gegebenem Anlass den Grundsatz des Schulgesetzes, wonach der Einsatz von Unterrichtsmitteln den Pädagogen der jeweiligen Grundschule zu überlassen ist. Daher sind die angeschafften Whiteboards in allen 4 Grundschulen nach Wunsch der Schulleiterinnen sofort anzubringen und in Betrieb zu nehmen.

Frau Andrae informierte darüber, dass der SJBS dem Antrag mit 3 / 1 / 0 stattgegeben habe.

Frau Michler sagte, dass, wer Kreidetafeln haben wolle, solle sie auch bekommen. Die Direktoren, die die grünen Tafeln wieder haben möchten sollen sie auch bekommen. Wann werden die Tafeln wieder angebracht?

Frau Schreiber betonte, dass die Tafeln gar nicht wieder angebracht werden.

Nach einem Streitgespräch darüber, ob es in der Macht der Stadtverordnetenversammlung liege, sich bei der Nutzung der pädagogischen Mittel einzumischen, stellten Herr Baranowski den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte und Abstimmung zum Antrag.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag: 24 / 0 / 0

Herr Schulz beantragte namentliche Abstimmung.

Frau Michler stellte den Antrag auf Erweiterung des Antrages um folgenden Satz: „....
Zusätzlich sind die grünen Kreidetafeln bis zum 30.09.2010 wieder anzubringen.“

Herr Manthey stellte einen Änderungsantrag:

Im 1. Satz sollte hinter dem Wort „Schulgesetz“ ein Punkt gesetzt werden. Der Rest des Satzes sei zu streichen. Im 2. Satz sollte die Streichung der Worte „... nach Wunsch der Schulleiterinnen sofort ...“ erfolgen.

Nach ausführlicher Diskussion zum Sachverhalt bat Frau Andrae um Abstimmung zum Antrag von Frau Michler auf Ergänzung des Antrages um den Satz: „....
Zusätzlich sind die grünen Kreidetafeln bis zum 30.09.2010 wieder anzubringen.“

Namentliche Abstimmung:

Frau Andrae	ja	Frau Menges	nein
Herr Baranowski	ja	Frau Michler	ja
Frau Bock	ja	Frau Miersch	ja
Herr Degner	nein	Herr Noack	nein
Herr Heilgermann	ja	Herr Preuß	ja
Herr Hummer	Enthaltung	Frau Schreiber	nein
Herr Käthe	Enthaltung	Frau Schröder	nein
Herr Kniesigk	Enthaltung	Frau von Schrötter	ja
Herr Kühnapfel	ja	Herr Schulz	ja
Herr Lüders	ja	Herr Steinert	ja
Herr Manthey	nein	Frau Timm	ja
Herr Markwardt	nein	Herr Zurawski	nein

Abstimmungsergebnis: 13 / 8 / 3.

Damit wurde der Ergänzungsantrag von Frau Michler angenommen.

Es folgte die namentliche Abstimmung zum Antrag von Herrn Manthey:

Im 1. Satz sollte hinter dem Wort „Schulgesetz“ ein Punkt gesetzt werden. Der Rest des Satzes sei zu streichen. Im 2. Satz sollte die Streichung der Worte „... nach Wunsch der Schulleiterinnen sofort ...“ erfolgen.

Namentliche Abstimmung:

Frau Andrae	ja	Frau Menges	ja
Herr Baranowski	nein	Frau Michler	nein
Frau Bock	nein	Frau Miersch	nein
Herr Degner	ja	Herr Noack	ja
Herr Heilgermann	nein	Herr Preuß	nein
Herr Hummer	ja	Frau Schreiber	ja
Herr Käthe	ja	Frau Schröder	ja
Herr Kniesigk	ja	Frau von Schrötter	nein
Herr Kühnapfel	nein	Herr Schulz	nein
Herr Lüders	nein	Herr Steinert	nein
Herr Manthey	ja	Frau Timm	nein
Herr Markwardt	ja	Herr Zurawski	nein

Abstimmungsergebnis: 11 / 13 / 0

Damit wurde der Antrag auf Streichung abgelehnt.

Abschließend wurde über den zuvor ergänzten Antrag der Fraktion CDU namentlich abgestimmt.

Namentliche Abstimmung:

Frau Andrae	ja	Frau Menges	nein
Herr Baranowski	ja	Frau Michler	ja
Frau Bock	ja	Frau Miersch	ja
Herr Degner	nein	Herr Noack	nein
Herr Heilgermann	ja	Herr Preuß	ja
Herr Hummer	nein	Frau Schreiber	nein
Herr Käthe	nein	Frau Schröder	nein
Herr Kniesigk	Enthaltung	Frau von Schrötter	ja
Herr Kühnapfel	ja	Herr Schulz	ja
Herr Lüders	ja	Herr Steinert	ja
Herr Manthey	nein	Frau Timm	ja
Herr Markwardt	nein	Herr Zurawski	nein

Abstimmungsergebnis: 13 / 10 / 1

Damit wurde der Antrag angenommen.

Frau Andrae schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:35 Uhr.

Um 21:37 Uhr war die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt worden.

Karola Andrae
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich
Protokollantin